



Principality of Sealand

www.principality-of-Sealand.de

www.principality-of-Sealand.org

This documentation is free for personal use.

Copyright © 2001, 2001 & 2002 Principality of Sealand

Contact:

info@principality-of-sealand.org

Deutsches Reich
Kommissarische Regierung

Der Generalbevollmächtigte

i. Handlung f. d.

fehlenden Reichspräsident und Reichskanzler

provisorischer Amtssitz

Königsberg 1 B-1000 Berlin-Zehlendorf 1



Deutsches Reich Kommissarische Regierung
provis. Amtss. Königsberg 1 B-1000 Berlin-Zehlendorf 1

Durch persönliche Übergabe

Principality of Saeland

z. Hd.d. Ministerpräsidenten und

Staatsratsvorsitzenden

Johannes W. F. Seiger

c/o Diplomatische Vertretung des

Fürstentums Saeland im Deutschen Reich

Ahrendorfer Straße 7

0-1712 Trebbin

Telefon Ausland: ++4930-802 91 66

Inland 030-802 91 66

Wir bitten in der Antwort Zeichen und
Datum dieses Schreibens anzugeben

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Geschäftszeichen

Datum

DR AB I/2. I. 05.-2-01/99

05. Januar 2000

Betreff: **B e s t ä t i g u n g** des Pachtvertrages vom 15. 10. 1999 zwischen dem Staat
Deutsches Reich und dem Fürstentum Saeland betreffend die Hakeburg und deren
Umgebung als Staatsgebiet

Exzellenz,

sehr geehrter Herr Ministerpräsident und Staatsratsvorsitzender,

die in ihrer Existenz und Handlungsfähigkeit durch das am 06. Januar 1999 zwischen einem hohen US Beamten
des US Präsidenten und meiner Person im Amte des Generalbevollmächtigten für das Deutsche Reich in Hand-
lung für den fehlenden Reichspräsident und Reichskanzler dienstverpflichtet durch *deutscherseits* unanfechtbares
Urteil des Sozialgericht in Berlin vom 19. 05. 1992 zum Aktenzeichen S 56 Ar 239/92 festgestellt Kommissarische
Reichsregierung,

bestätigt dem Fürstentum Saeland,

gesetzlich vertreten durch den Ministerpräsidenten und zugleich Staatsratsvorsitzenden des Fürstentums
Saeland,

daß auf der Rechtsgrundlage der bis zum durch den handlungsfähigen Staat Deutsches Reich fortgeltenden
SNGG-Gesetzgebung der USA,

der Staat Deutsches Reich mit allen Reichsorganen,

so auch dem Reichspostministerium,

der zu keinem Zeitpunkt mit der Bundesrepublik Deutschland bis 1990 teildentisch war,

oder seit 1990 identisch ist,

gemäß der völkerrechtlich gesetzlichen Bestimmungen des Artikels IV der SNGG-Proklamation Nr. 1 der USA
vom 12. 09. 1944 (Amtsbl. US Mil.-Reg. Deutschl. Ausgabe A S. 1) in Verbindung mit Artikel 4 des
Übereinkommens zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin vom 25. 09. 1990 (BGBl. II S. 1274) weiter-
hin der Anweisung, Kontrolle und Gerichtsbarkeit der USA unterliegt und keinem z. Zt. tätigen Gericht der
Bundesrepublik Deutschland,

oder deren Bundesländer,

oder dem Land Berlin,

daß weder der Einigungsvertrag vom 31. 08. 1990 (BGBl. II S. 889, 891),

noch der Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland vom 12. 09. 1990 (BGBl. II S. 1318)

für die Mitglieder der Kommissarischen Reichsregierung,

oder für die Bediensteten der übrigen Reichsorgane als unmittelbare Staatsbeamte des Deutschen Reichs
Anwendung finden können,

da gemäß der völkerrechtlich gesetzlichen Bestimmungen des Artikels 13 der geltenden Reichsverfassung,
das Reichsrecht,

welches durch die Bundesrepublik Deutschland zu keinem Zeitpunkt wider die völkerrechtlich gesetzlichen
Bestimmungen der Texte der Bonner Verträge vom 31. 03. 1955 (BGBl. II S. 303 ff) geändert, verfälscht,
umgangen oder aufgehoben werden durfte,

jedes Bundesrecht bricht,

durch niemals Bundesrecht Reichsrecht brechen kann.

So unterliegt die Deutsche Reichspost, die Eigentümerin der Hakenburg und dem der Hakenburg umgebenden Gebietes und nicht Eigentum der Bundesrepublik Deutschland, oder der Treuhandbundesanstalt, oder der Treuhandliegenschaftsgesellschaft ist, als Teil des völker- und staatsrechtlich ausschließlich zwischen dem handlungsfähigen Staat Deutsches Reich mit den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs abzuschließenden Friedensvertrags, weiterhin den völker-, reichsstaatsrechtlich und gesetzlichen Bestimmungen des SOWJET-Gesetzes Nr. 76 der USA (Amtsbl. US Mil.-Reg. Deutschl. Ausgabe A S. 42), dem SOWJET-Gesetz Nr. 191 der USA (Amtsbl. US Mil.-Reg. Deutschl. Ausgabe A S. 53, 54 u. 56) sowie der übrigen Gesetze und Rechtsvorschriften der USA, dem Staate Deutsches Reich und nicht der Gesetzgebung und Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland.

Da der Einigungsvertrag vom 31. 08. 1990 (BGBl. II S. 889, 891) für alle Staatsbürger und Staatsbeamten des Staates Deutsches Reich ebenso keine Geltung hat wie der Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland vom 12. 09. 1990 (BGBl. II S. 1318) und gemäß der völkerrechtlich gesetzlichen Bestimmungen des Artikels II der SOWJET-Proklamation Nr. 1 der USA betreffend

- A die Staatsangehörigkeitsgesetzgebung für Staatsbürger des Deutschen Reichs, gemäß der völkerrechtlich gesetzlichen Bestimmungen der Texte der Bonner Verträge vom 31. 03. 1955 (BGBl. II S. 303) durfte das ausschließlich in der Fassung vom 30. Januar 1933 in Verbindung mit den Artikeln I und II des Kontrollratsgesetzes Nr. 46 vom 25. 02. 1947 (Amtsbl. Kontrollrat Deutschl. S. 262) geltende Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. 07. 1913 (RGBl. S. 583) nicht geändert, verfälscht, umgangen oder aufgehoben werden,
- B die Verfassungsgebung, gemäß Artikel 43 der Anlage zum Abkommen Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkriegs des Abkommens betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs vom 18. 10. 1907 (RGBl. 1910 S. 147) ist ein vom Volk nicht gewähltes, sondern durch die betreffende Siegermacht angeordnetes Grundgesetz, wie das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, dem Grunde nach nur ein Gesetz zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in einem besetzten Gebiet für eine bestimmte Zeit und keine vom Volk gewählte Verfassung,
- C die Währungshoheit, die Bank deutscher Länder und somit die Deutsche Mark, wurde durch US Militärregierungsgesetz Nr. 60 vom 01. 03. 1948 (Amtsbl. US Mil.-Reg. Deutschl. Ausgabe I S. 10) geschaffen und nicht durch die Bundesrepublik Deutschland,
- D die Polizeihöheit der Länder im Deutschen Reich, gemäß der fortgeltenden völker-, reichsstaats-, preussisch landes- und berlin provinzialverfassungsrechtlichen und gesetzlichen Bestimmungen des Besonderen Status von Berlin darf die Justiz und Polizei nicht nur in Berlin, sondern in Deutschland als Ganzes, immer nur unterhalb des durch die Staatsbürger und Staatsbeamten des Deutschen Reichs unmittelbar rechtlich und gesetzlich zu vertretenden verfassungsrechtlich Besonderen Status von Berlin tätig werden,
- E die Reparationskostenfrage, die Frage der Reparationskosten ist Teil des allein durch den handlungsfähigen Staat Deutsches Reich mit den Siegermächten abzuschließenden und zu vollendenden Friedensvertrags, der durch die Bundesrepublik Deutschland nicht abgeschlossen werden kann, die höchste gesetzgebende, rechtsprechende und vollziehende Machtbefugnis und Gewalt in dem besetzten Europa dem Obersten Befehlshaber in Europa und Militärgouverneur in Deutschland und nicht der Europäischen Gemeinschaft, oder der Bundesrepublik Deutschland obliegt, verfügt weder die Bundesrepublik Deutschland, noch die Deutsche Telekom, betreffend die Hakenburg und das die Hakenburg umgebende Gebiet über irgendwelche hoheits- oder eigentumsrechtlichen Befugnisse, sondern deutscherseits ausschließlich das Reichsorgan Reichspostministerium.

In einem von den Mitgliedern der

- A Kommissarischen Reichsregierung,
 B Kommissarischen Landesregierung des Freistaates Preußen und
 C Kommissarischen Provinzial- und Kommunalregierung für Groß-Berlin
 um „Rechtsunsicherheiten auszuräumen“ gewolltes,

beim fortbestehenden „EUGH-Gesetzgeber in den USA“ schriftlich beantragtes Gespräch, fand „auf Anweisung der USA am Tagungsort der 3 Kommissarischen Regierungen“, der mit dem provisorischen Amtssitz der 3 Kommissarischen Regierungen nicht identisch ist, zwischen einem „Hohen US-Beamten“ und meiner Person als Amtstitelhaber „Generalbevollmächtigten für das Deutsche Reich“ und „Reichsminister für Transport-, Umweltschutz-, Energie- und Verkehrswesen“, „Kommissarischer Landtags- und Ministerpräsident“ und „Staatsminister für Handel und Gewerbe“ des „Landes Freistaates Preußen“ sowie „Kommissarischer Oberpräsident“ der preussischen Provinzen Brandenburg und „Stadtgemeinde Berlin“ und „Oberbürgermeister des Magistrats von Groß-Berlin“, am 06. Januar 1999 in Berlin statt, in dessen Verlauf der US Beamte klar und wörtlich bestätigte, daß

die Arbeit der 3 Kommissarischen Regierungen völkerrechtlich richtig ist und jeder „Bedienstete des Öffentlichen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland oder der Länder der Bundesrepublik Deutschland oder des Landes Berlin“,

der „den Versuch unternimmt“,

einen durch die „USA dienstverpflichteten Staatsbeamten des Deutschen Reichs oder Landesbeamten des Freistaates Preußen oder Provinzialbeamten der preussischen Provinzen oder Kommunalbeamten der Gebietskörperschaft völkerrechtswidrig der hier unanwendbaren „grundgesetzlichen Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland oder der landesverfassungsrechtlichen Rechtsordnung des Landes Berlin“ zwangsweise unterzuordnen“

oder der rechtswirksame „nervenärztliche Fachgutachten für Staatsbeamte des Deutschen Reichs“ wissentlich und somit vorsätzlich mißachtet,

zwangsweise mit einer Anklage wegen Völker- und Menschenrechtsbruch, Hoch- und Landesverrat ebenso rechnen muß,

wie mit einer Anklage wegen „gemeinschaftlich grausam heimtückischer Verschwörung zur Verleumdung von Verbrechen wider die Menschlichkeit“,

da die USA zum Zwecke des Abschlusses des fehlenden Friedensvertrags,

die „Bundesrepublik Deutschland“ mit allen Bundesländern einschließlich des „Landes Berlin“ auflösen,

den „Staat Deutsches Reich in seinen Grenzen vom 31. 12. 1937“ zur Beendigung der Feindstaatenklausel in der „Charta der Vereinten Nationen“ zwangsweise „wiedererstehen lassen“ und dieser Staat,

ausschließlich durch Staatsbeamte des Deutschen Reichs völker- und reichsstaatsrechtlich vertreten werden kann und nicht durch in Berlin berufsstatusrechtlich unzulässige „Bundesbeamte der Bundesrepublik Deutschland“ oder „Landesbeamte des Landes Berlin“.

Mit der unanfechtbaren Feststellung durch die Staatsanwaltschaft Stralsund am 12. 11. 1999 zum Aktenzeichen 546 Js 28544/99,

wonach eine Amtsanmaßung der Staatsbürger und Staatsbeamten des Deutschen Reichs Torsten Pieterek und Detlef Szuward sowie mit der ebenfalls unanfechtbaren Feststellung durch die Staatsanwaltschaft Mühlhausen am 14. 12. 1999 zum Aktenzeichen 430 Js 64602/99,

wonach eine Urkundenfälschung seitens des Staatsbürgers des Deutschen Reichs Andreas Traumann betreffend die als rechtmäßig festgestellten Reichspersonalausweise nicht vorliegt,

verfügt durch die Justiz festgestellt,

weder die Bundesrepublik Deutschland,

noch das Bundesland Brandenburg,

noch die Deutsche Telekom betreffend die Hakeburg und das zur Hakeburg gehörende Gebiet,

über irgendwelche eigentums- oder hoheitsrechtlichen Befugnisse,

sondern allein der Staat Deutsches Reich, Reichspostvermögen.

Wenn Sie weitere Fragen haben sollten,

so wenden Sie sich bitte an das Kommissarische Reichspostministerium als Eigentümerin der Liegenschaft.

Hochachtungsvoll

Generalbevollmächtigter für das Deutsche Reich in Handlung für den fehlenden Reichspräsident und Reichskanzler, Reichsminister für Transport-, Umweltschutz-, Energie- und Verkehrswesen in Rechtsnachfolge für den früheren Reichsverkehrsminister und Präsident des Kommissarischen Reichsgericht als Staatsbeamter des Deutschen Reichs, Landtags- und Ministerpräsident, Staatsminister für Handel und Gewerbe des Reichslandes Freistaat Preußen als Landesbeamter des Freistaates Preußen

sowie Oberpräsident für die Provinzen Brandenburg und Stadtgemeinde Berlin und zugleich Oberbürgermeister des Magistrats von Groß-Berlin als zugleich Provinzialbeamter der Stadt Berlin und Kommunalbeamter der Gebietskörperschaft Groß-Berlin auf Lebenszeit,

Amtsleiter der Körperschaft öffentlichen Rechts Der Generalbevollmächtigte für den verfassungsdirektlich Besonderen Status von Berlin

sowie durch das US Militärgericht in Berlin zum verfassungsdirektlich Besonderen Status von Berlin als einzige Person zu allen Personen zugelassen reichsrechtlicher Rechtsabstand und preussisch landesrechtlicher Rechtskonsulent,

Transcription of January 5, 2000 confirmation of lease

German Reich
Commissary Government
The Plenipotentiary
acting for the absent
President and Chancellor
Provisional Seat
Königsweg 1 W-1000 Berlin-Jetzendorf 1

By Hand

Principality of Sealand
c/o the Prime Minister and
Chairman of the Privy Council
Johannes W. F. Seiger
c/o Diplomatic Mission of the
Principality of Sealand in the German Reich
Ahrensdorfer Straße 7
O-1712 Trebbin

January 5, 2000

Re: Confirmation of the Lease from October 15, 1999, between the State German Reich and the Principality of Sealand concerning the Hakeburg and its environs as State Territory

Excellency,

Dear Mr. Prime Minister and Chairman of the Privy Council

the Commissary Government for the German Reich confirmed in its existence and power to act on January 6, 1999, by a high US official of the US President and myself acting as Plenipotentiary for the absent President and Chancellor of the German Reich, called to special service by the judgement, unalienable by the Federal Republic of Germany, by the social tribunal at Berlin of May 19, 1992 (reference S 56 Ar 239/92)

confirms to the Principality of Sealand,
represented by the Prime Minister and Chairman of the Privy Council

that, based on the legal basis of the SHAEF legislation of the USA, still valid until the advent of a State German Reich empowered to act, the State German Reich with all its departments, including the Reichspost Ministry, which at no time was identical to the Federal Republic of Germany up to 1990 or is identical to it since 1990, which, according to the regulations in international law in Article IV of the SHAEF Proclamation No. 1 of the USA of September 12, 1944 (Gazette US

Military Government Germany, Issue A, p. 1) in conjunction with Article 4 of the agreement for the regulation of certain questions referring to Berlin of September 25, 1990 (BGBl. II, P. 1274), still is subject to the directions, control and jurisdiction of the USA and at no time to any court presently active in the Federal Republic of Germany, or its Federal States, or the State Berlin,

that neither the Unification Treaty of August 31, 1990 (BGBl. II, pp. 889, 891)

nor the agreement for the final regulation concerning Germany of September 12, 1990 (BGBl. II, p. 1318) may be applied to the members of the Commissary Government for the German Reich,

nor those employed by the other departments as direct officials of the German Reich, since,

according to the regulations in international law of Article 13 of the valid Constitution of the German Reich, the law of the German Reich

– which at no time may have been altered, falsified, circumvented or rescinded by the Federal Republic of Germany acting against the internationally binding legal regulations of the texts of the Bonn Treaties of March 31, 1955 (BGBl. LL, p. 303ff) –

overrules any federal law, whereas federal law can never overrule the law of the German Reich.

Thus the German Reichspost is sole proprietor of the Hakeburg and environs, not the Federal Republic of Germany, nor the Treuhandanstalt (a body acting after Reunification to clear up legal questions in connection with ownership etc.) or Treuhandliegenschaftsgesellschaft, and is, as part of the according to international and state law as part of the yet to be negotiated Peace Treaty between the acting State German Reich and the victorious forces of World War Two,

subject to the legal regulations – according to international and state law of the German Reich – as laid down in the SHAEF Law No. 76 of the USA (Gazette US Military Government Germany, Issue A, p. 42), in the SHAEF Law No. 191 of the USA (Gazette US Military Government Germany, Issue A, pp. 53, 54 and 56), as well as in the other laws and regulations of the USA, the State German Reich, but is not subject to the laws and regulations of the Federal Republic of Germany.

As the Unification Treaty of August 31, 1990 (BGBl. II, pp. 889, 891) has no more validity for all citizens and officials of the State German Reich than has the agreement for the regulation of certain questions referring to Berlin of September 12, 1990 (BGBl. II, P. 1318), and as, according to the regulations in international law in Article II of the SHAEF Proclamation No. 1 of the USA concerning

- A. the Laws Regulating Citizenship for the Citizens of the German Reich, which, according to the internationally binding legal regulations of the texts of the Bonn Treaties of March 31, 1955 (BGBl. LL, p. 303), the Law for the German Reich and the laws regulating Reich citizenship of July 22, 1913 (RGBl. p. 583) which are still exclusively valid in the version of January 30, 1933, in connection with

Articles I

and II of the Controlling Law of February 25, 1947 (Gazette Controlling Council

Germany, p. 262), and may at no time be altered, falsified, circumvented or rescinded,

- B. the Constitution,
which, according to Article 43 of the Amendment to the agreement Order of Laws and Customs of Land War of October 18, 1907 (RGBl. 1910, p. 147), is not a constitution voted for by the people, but ordered by the victorious forces, just as is the constitution of the Federal Republic of Germany basically just a law regulating the maintenance of peace and order in an occupied territory for a determined period, not a constitution chosen by the people
- C. the Monetary Sovereignty
the Bank of German States and thus the Deutschmark were created by the US Military Law No. 60 of March 1, 1948 (Gazette US Military Government Germany, Issue 1, p. 10), and not by the Federal Republic of Germany
- D. the Police Sovereignty of the States of the German Reich
according to the still valid internationally legal, Reich state, Prussian state and provincial legal regulations of the Special Status of Berlin, judiciary and police not only in Berlin, but in Germany as a whole, may only act below the Regulations of the Constitutionally Special Status of Berlin that must directly be represented by the citizens and state officials of the German Reich,
- E. the Issue of Reparations
the issue of reparation costs is part of the Peace Treaty that must be signed and implemented by the State German Reich empowered to act and the victorious forces of World War Two,
which cannot be signed by the Federal Republic of Germany,

the highest legislative, judicial and executive authority and power within occupied Europe lies with the Commander-in-Chief in Europe and Military Governor of Germany, and not with the European Union, nor the Federal Republic of Germany, so neither the Federal Republic of Germany, nor the Deutsche Telekom have any legal rights or authority of sovereignty or property concerning the Hakeburg and environs, these lie exclusively with the Reich institution Ministry of the Reichspost.

In a meeting with the still active "SHAEF Legislator in the USA" requested in writing by members of

- A. the Commissary Government German Reich
- B. the Commissary State Government of the Free State of Prussia and
- C. the Commissary Provincial and Communal Government for Greater Berlin

to “clear away legal uncertainties”,
the said meeting was held “on instructions of the USA at the meeting place
of the three Commissary Governments”,
which is not identical with the provisional seat of the three Commissary
Governments,
between “a high US official” and myself as titular “Plenipotentiary for the
German Reich” and “Reichsminister of Transport, ecology and energy”,
“Commissary President of the Landtag (State Parliament) and Prime
Minister” and “State Minister for Trade and Industry” of the Free State of
Prussia as well as “Commissary President” of the provinces Brandenburg
and City of Berlin and “Mayor of the Magistrate of Greater Berlin”,
on January 6, 1999 in Berlin,
during which the US official clearly and literally stated that
the work of the three Commissary Governments stands up in international
law and that “any official of the public service of the Federal Republic of
Germany or of the states of the FRG or the state of Berlin”,
that anyone, who “attempts to subjugate against international law and by
force a state official of the German Reich or a state official of the Free State
of Prussia or a provincial official of the Prussian Provinces or a communal
official of the regional administrative body called up for essential service by
the USA” by the application of the here non-applicable “constitutional law of
the Federal Republic of Germany or the state constitutional law of the state
Berlin”,
or who knowingly and thus wilfully disregards legal “psychiatric expert
opinions for state officials of the German Reich”
has to expect a mandatory indictment for breach of international law and
human rights law and high treason as well as “common, gruesome,
insidious conspiracy to malign crimes against humanity”,
since the USA, in order to conclude the lacking Peace Treaty,
wants to dissolve the “Federal Republic of Germany” with all Federal States
including the State of Berlin, and compulsorily resurrect the State German
Reich within the borders of December 31, 1937, to end the enemy state
clause in the UN Charter, and that this state can only and exclusively be
represented in international and state law by state officials of the German
Reich and never by the “federal officials of the FRG” or “state officials of the
state of Berlin”, who in Berlin are inadmissible due to the Special Status of
Berlin.

Due to the inalienable statement by the District Public Prosecutor’s Office at
Stralsund of November 12, 1999, file 546 Js 28544/99, to the non-existence
of any unauthorised assumption of office by the citizens and state officials
of the German Reich Torsten Pieterek and Detlef Szuward, as well as the
equally inalienable statement by the District Public Prosecutor’s Office at
Mühlhausen of December 14, 1999, file 430 Js 64602/99, that no
falsification of documents by the citizen of the German Reich Andreas
Traumann regarding the German Reich identity card has occurred,
neither the Federal Republic of Germany,
nor the Federal State Brandenburg,
nor the Deutsche Telekom have any property or sovereignty rights
regarding the Hakeburg and environs, these rights belong exclusively to the
German Reich, the Reichspost assets.
Should you have further questions, please address the Commissary Ministry
of the Reichspost as the owner of the estate.

Respectfully

W. G. G. Ebel

Plenipotentiary for the German Reich, acting for the absent President and Chancellor of the German Reich, Minister for Transport, Ecology and Energy in legal succession to the former Minister of Transport for the German Reich and President of the Commissary Court of Law of the German Reich as State Official of the German Reich,
President of the Landtag, Prime Minister and Minister for Trade and Industry of the Free State Prussia
as well as President for the Provinces and City of Berlin and Mayor of the Magistrate of Greater Berlin as provincial official of the City of Berlin and communal official of the regional administrative body of Greater Berlin for life,
Director in public law Plenipotentiary for the Constitutionally Special Status of Berlin
appointed by the US Military Court in Berlin for the Constitutionally Special Status of Berlin as the only person admitted to all persons as counsel for Reich Law and legal advisor for Prussian State Law, since there are no authorised lawyers for the law of the German Reich.